P. b. b. Verlagspostamt 1030 Wien 01Z023000K

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001 Ausgegeben am 10. August 2001 Teil III

176. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Aserbaidschan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXI RV 275 AB 325 S. 41. BR: AB 6235 S. 669.)

176.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK ASERBAIDSCHAN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND DER VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Aserbaidschan, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:
   i) die Einkommensteuer;
   ii) die Körperschaftsteuer;
   iii) die Grundsteuer;
   iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und
   v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
   (im Folgenden als „österreichische Steuer“ bezeichnet);

b) in Aserbaidschan:
   i) die Steuer von Gewinnen juristischer Personen;
   ii) die Einkommensteuer natürlicher Personen;
   iii) die Vermögensteuer und

iv) die Grundsteuer;
(im Folgenden als „aserbaidschanische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeutet der Ausdruck „Aserbaidschan“ das Hoheitsgebiet der Republik Aserbaidschan, des zur Republik Aserbaidschan gehörigen Teiles des Kaspischen Meeres, des über der Republik Aserbaidschan liegenden Luftraums, in dem Hoheitsrechte und Rechtsprechung der Republik Aserbaidschan in Bezug auf Untergrund, Meeresuntergrund und Bodenschätze angewendet werden und andere Gebiete, die gemäß dem Völkerrecht und der Gesetzgebung der Republik Aserbaidschan bestimmt worden sind oder künftig bestimmt werden können;
b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ das Hoheitsgebiet der Republik Österreich;
c) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
d) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
   i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
   ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
e) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Aserbaidschan;
f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
g) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
h) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
   i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
   ii) in Aserbaidschan: das Finanzministerium und das Ministerium für Steuern.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Registereintragung, des Ortes ihrer Gründung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 dieses Artikels eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat

ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie registriert ist und in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Sofern sich der Ort der Registrierung und der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung nicht in demselben Vertragsstaat befinden, werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfasst insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte,

f) eine Anlage, eine Einrichtung oder ein Schiff oder eine andere Stätte zur Erforschung von Bodenschätzen;

g) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch, eine Anlage oder Einrichtung oder eine andere Stätte zur Ausbeutung und Verarbeitung von Bodenschätzen und

h) eine Bauausführung oder Montage, aber nur dann, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Erbringt ein Unternehmen in einem Vertragsstaat durch seine Arbeitnehmer oder anderes zu diesem Zweck eingestelltes Personal Dienstleistungen einschließlich Beratungsleistungen, so wird dadurch eine Betriebstätte begründet, jedoch nur dann, wenn diese Tätigkeiten (für dasselbe oder ein damit zusammenhängendes Vorhaben) in diesem Staat mehr als sechs Monate dauern.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich

auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machten.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Werden die Tätigkeiten des Vertreters ausschließlich oder überwiegend für das Unternehmen ausgeübt, so gilt er nicht als unabhängiger Vertreter im Sinne dieses Absatzes, außer es wird nachgewiesen, dass die Geschäfte zwischen dem Vertreter und dem Unternehmen unter Bedingungen wie zwischen unabhängigen Partnern ausgeführt werden (fremdübliche Bedingungen).

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfasst der Gewinn aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr auch:

a) Gewinne aus der Vercharterung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr; und
b) Gewinne aus der Benutzung, der Instandhaltung oder der Vermietung von Containern im internationalen Verkehr (einschließlich Anhängern und den mit dem Transport von Containern verbundenen Ausrüstungen), die für die Beförderung von Gütern oder Waren verwendet werden,

sofern die Benutzung, die Instandhaltung oder die Vermietung oder Vercharterung gelegentlich neben dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erfolgt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte der Dividenden ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden

zahlenden Gesellschaft verfügt und die Beteiligung 250 000 USD oder den Gegenwert in anderer Währung übersteigt;

b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und die Beteiligung 100 000 USD oder den Gegenwert in anderer Währung übersteigt;

c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel Verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen die in Absatz 1 genannten Zinsen nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Zinsen ansässig ist, wenn

a) der Schuldner oder der Empfänger der Zinsen ein Vertragsstaat, eine öffentliche Einrichtung, eine seiner Gebietskörperschaften oder die Zentralbank eines Vertragsstaats ist, oder wenn das Darlehen, für das die Zinsen gezahlt werden, durch einen Vertragsstaat, eine öffentliche Einrichtung, eine seiner Gebietskörperschaften oder die Zentralbank eines Vertragsstaats gewährt, garantiert oder besichert wird;

b) die Zinsen für ein Darlehen gezahlt werden, das von der Regierung des Vertragsstaats genehmigt wurde, in dem der Schuldner der Zinsen ansässig ist;

c) die Zinsen für eine Schuld aus dem Verkauf von Waren oder von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen an ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats gezahlt werden.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit

durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren, wenn die Patente, Marken, Muster oder Modelle, Pläne, geheimen Formeln oder Verfahren oder die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen, für die Lizenzgebühren gezahlt werden, nicht älter als drei Jahre sind;

b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren in allen anderen Fällen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme und Filme oder Kassetten für Radio oder Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen (Know-how) gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräusserung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von nicht an der Börse notierten Aktien erzielt, deren gesamter oder überwiegender Wert direkt oder indirekt aus unbeweglichem Vermögen gebildet wird, das im anderen Staat gelegen ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die von einem in einem Vertragsstaat ansässigen Unternehmen im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbstständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbstständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbstständiger Arbeit bezieht, im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn sich diese Person im anderen Staat insgesamt länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält, jedoch nur insoweit, als diese Einkünfte aus der im anderen Staat ausgeübten Tätigkeit stammen.

Artikel 15

Unselbstständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbstständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbstständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbstständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges ausgeübt wird, das im internationalen Verkehr von einem in einem Vertragsstaat ansässigen Unternehmen wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels sind auf Einkünfte aus Auftritten von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat nicht anzuwenden, wenn der Aufenthalt in diesem Staat in erheblichem Umfang aus öffentlichen Mitteln eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten oder einer ihrer Gebietskörperschaften finanziert wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbstständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

Studenten

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort

unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt worden sind und die aus einem Vertragsstaat stammen, auch im anderen Staat besteuert werden.

(4) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, solange sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem in einem Vertragsstaat ansässigen Unternehmen im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Methode zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Aserbaidschan besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Absätzen 2 der Artikel 10, 11, 12 und 13 und Absatz 3 des Artikels 21 in Aserbaidschan besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Aserbaidschan gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Aserbaidschan bezogenen Einkünfte entfällt.

c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Aserbaidschan wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Aserbaidschan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet

Aserbaidschan auf die von diesen Einkünften oder von diesem Vermögen zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der Steuer nicht übersteigen, der der in Aserbaidschan gemäß dem Gesetz und den Steuervorschriften erhobenen Steuer entspricht.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einver-

nehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

(5) Kann nach Durchführung des in den Absätzen 1 bis 4 genannten Verfahrens eine Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die Auslegung oder die Anwendung des Abkommens in einem bestimmten Fall von den zuständigen Behörden nicht in einem Verständigungsverfahren beseitigt werden, so kann der Fall bei Zustimmung beider zuständigen Behörden nach einem international anerkannten Verfahren einvernehmlich gelöst werden. Dieses Verfahren wird zwischen den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten vereinbart.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Jeder der Vertragsstaaten teilt dem anderen Staat den Abschluss des nach innerstaatlichem Recht für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen Verfahrens auf diplomatischem Weg mit.

(2) Das Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte der in Absatz 1 genannten Mitteilungen einlangt und findet sodann Anwendung:

a) in Bezug auf die an der Quelle erhobenen Steuern für Beträge, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt; und
b) in Bezug auf die übrigen Steuern für Steuern, die vom Einkommen und vom Vermögen für Steuerzeiträume erhoben werden, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es mindestens sechs Monate vor dem Ende jeden Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

a) in Bezug auf die an der Quelle erhobenen Steuern für Beträge, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen gekündigt wird; und
b) in Bezug auf die übrigen Steuern für Steuern, die vom Einkommen und vom Vermögen für Steuerzeiträume erhoben werden, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 4. Juli 2000, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, aserbaidschanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle einer Abweichung zwischen den Texten geht der englische Text vor.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Ferrero-Waldner

Für die Regierung der Republik Aserbaidschan:

Guliyev

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Aserbaidschan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder dem Musterabkommen der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach Inkrafttreten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare – die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können – stellen eine Auslegungshilfe dar. Im Fall einer unterschiedlicher Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung im gegenseitigen Einvernehmen gemäß Artikel 25 zu suchen.

Zu Artikel 3 Absatz 1:

In Bezug auf Aserbaidschan gilt eine Personengesellschaft oder ein Joint Venture, die nach dem in Aserbaidschan geltenden Recht errichtet worden sind und die nach aserbaidschanischem Recht als Steuersubjekt behandelt werden, als Person im Sinne dieses Abkommens.

Zu Artikel 7:

In Österreich umfasst der in diesem Artikel Verwendete Ausdruck „Gewinne“ Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleichbehandelten Personenvereinigung und aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Zu Artikel 11:

In Österreich gilt Artikel 11 Absatz 4 lit. a auch für Darlehen, die durch die Oesterreichische Kontrollbank AG gewährt werden oder die mit einer Garantie im Wege der Oesterreichischen Kontrollbank AG als Bevollmächtigte der Republik Österreich ausgestattet sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 4. Juli 2000, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, aserbaidschanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle einer Abweichung zwischen den Texten geht der englische Text vor.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Ferrero-Waldner

Für die Regierung der Republik Aserbaidschan:

Guliyev

AVSTRİYA RESPUBLİKASI HÖKUMƏTİ İLƏ AZƏRBAYCAN RESPUBLİKASI HÖKUMƏTİ ARASINDA İKİQAT VERGİYƏ CƏLB ETMƏYƏ YOL VERİLMƏMƏSİ, GƏLİR VƏ ƏMLAK VERGİLƏRİNİN ÖDƏNİLMƏSİNDƏN YAYINMANIN QARŞISININ ALINMASI HAQQINDA

K O N V E N S İ Y A

Avstriya Respublikası Hökuməti və Azərbaycan Respublikası Hökuməti ikiqat vergiyə cəlb etməyə yol verilməməsi, gəlir və əmlak vergilərinin ödənilməsindən yayınmanın qarşısının alınması haqqında Konvensiya bağlamaq məqsədi ilə aşağıdakılar barədə razılığa gəlmişlər:

Maddə 1
Konvensiyanın şamil edildiyi şəxslər

1) Bu Konvensiya Razılığa gələn Dövlətlərdən birinin və ya hər ikisinin rezidenti olan şəxslərə şamil edilir.

Maddə 2
Konvensiyanın şamil edildiyi vergilər

1) Bu Konvensiya, vergiqoyma üsulundan asılı olmayaraq, Razılığa gələn Dövlət yaxud onun inzibati-ərazi bölmələri və ya yerli hakimiyyət orqanları tərəfindən gəlir və əmlaka görə tutulan vergilərə tətbiq olunur.

2) Gəlirə və əmlaka görə vergilərə - gəlirin ümumi məbləğindən, əmlakın ümumi dəyərindən, yaxud onların ayrı-ayrı ünsürlərindən, o cümlədən, daşınar və daşınmaz əmlakın özgəninkiləşdirilməsindən gəlirlər, müəssisələrin ödədikləri əmək haqqının yaxud maaşın ümumi məbləğindən, həmçinin əmlakın dəyərinin artırılmasından əldə olunmuş gəlirdən tutulan vergilər aiddir.

3) Konvensiya, xüsusilə aşağıdakı mövcud vergilərə şamil edilir:

a) Avstriyada:

(i) gəlir vergisi;

(ii) korporativ vergi;

(iii) torpaq vergisi;

(iv) kənd və meşə təsərrüfatı müəssisələrindən tutulan vergilər; və

(v) boş torpaq sahələrinin dəyərinə görə tutulan vergilər

(bundan sonra "Avstriya vergiləri" adlandırılacaq);

b) Azərbaycanda:

(i) hüquqi şəxslərin mənfəətindən tutulan vergi;

(ii) fiziki şəxslərdən gəlir vergisi;

(iii) əmlak vergisi; və

(iv) torpaq vergisi

(bundan sonra "Azərbaycan vergiləri" adlandırılacaq).

4) Bu Konvensiya, onun imzalandığı tarixdən sonra mövcud vergilərə əlavə olaraq, yaxud onların əvəzinə tutulan oxşar və ya mahiyyətcə eyni vergilərə də tətbiq edilir. Razılığa gələn Dövlətlərin səlahiyyətli orqanları onların vergi qanunvericiliyində baş verən hər bir əhəmiyyətli dəyişiklik barədə bir-birinə mə'lumat verməlidirlər.

Maddə 3
Ümumi təriflər

1) Kontekstdə başqa mə'na nəzərdə tutulmamışdırsa, bu Konvensiyanın məqsədləri üçün aşağıdakı terminlər qəbul olunur:

a) «Azərbaycan» termini yerin təki, dənizin dibi və təbii sərvətlərə münasibətdə Azərbaycan Respublikasının suveren hüquqlarının və yurisdiksiyasının tətbiq olunduğu Azərbaycan Respublikasının ərazisi (Xəzər dənizinin Azərbaycan Respublikasına mənsub olan sektoru və Azərbaycan Respublikasının üzərindəki hava məkanı da daxil olmaqla), habelə beynəlxalq hüquqa və Azərbaycan Respublikasının

qanunvericiliyinə uyğun olaraq müəyyən edilən və gələcəkdə müəyyən edilə bilən Azərbaycan Respublikasının ərazisi deməkdir;

b) "Avstriya" termini - Avstriya Respublikasının ərazisi deməkdir;

ç) "şəxs" termini - fiziki şəxsi, şirkəti və şəxslərin hər hansı digər birliklərini ifadə edir;

d) "milli şəxs" termini:

(i) Razılığa gələn Dövlətin vətəndaşı olan istənilən fiziki şəxsi;

(ii) Razılığa gələn Dövlətin mövcud qanunvericiliyinə əsasən müvafiq status almış istənilən hüquqi şəxsi, şərikliyi və yaxud assossiasıyanı bildirir;

e) "Razılığa gələn Dövlət" və "Razılığa gələn digər Dövlət" terminləri - kontekstdən asılı olaraq, Avstriya və ya Azərbaycanı bildirir;

f) "Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsi" və "Razılığa gələn digər Dövlətin müəsisəsi" terminləri - müvafiq olaraq, *Razılığa gələn Dövlətin rezidenti tərəfindən* idarə olunan müəssisəni və Razılığa gələn digər Dövlətin rezidenti tərəfindən idarə olunan müəssisəni bildirir;

g) "şirkət" termini - vergiqoyma məqsədləri üçün korporativ birlik kimi nəzərdən keçirilən istənilən korporativ birliyi yaxud təşkilatı bildirir;

h) "beynəlxalq daşıma" termini - dəniz və ya hava gəmisinin Razılığa gələn digər Dövlətin məntəqələri arasında istismar edilməsi halları istisna olmaqla, Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olan müəssisə tərəfindən dəniz yaxud hava gəmiləri vasitəsilə yerinə yetirilən bütün daşımaları ifadə edir;

i) "səlahiyyətli orqan" termini:

(i) Avstriya Respublikasında - Federal Maliyyə Naziri yaxud onun səlahiyyətli nümayəndəsi;

(ii) Azərbaycan Respublikasında - Maliyyə Nazirliyi və Vergilər Nazirliyi deməkdir;

2) Razılığa gələn Dövlət tərəfindən bu Konvensiyanın istənilən vaxt tətbiqi zamanı, kontekstdə tələb olunan digər hallar istisna olmaqla, burada izahı verilməyən hər hansı termin Konvensiyanın tətbiq olunduğu vergilərin məqsədləri üçün həmin vaxt həmin Dövlətin qanunvericiliyində nəzərdə tutulan mə'nanı daşıyır və həmin Dövlətin qüvvədə olan vergi qanunvericiliyinə uyğun olaraq hər hansı bir mə'na həmin Dövlətin digər qanunlarına müvafiq surətdə verilən mə'nadan üstün tutulur.

Maddə 4
Rezident

1) Bu Konvensiyanın məqsədləri üçün "Razılığa gələn Dövlətin rezidenti" termini bu Dövlətin qanunvericiliyi əsasında yaşayış yerinə, daimi olduğu yerinə, qeydiyyat yerinə, hüquqi şəxs hüququnun verildiyi yerə, idarəetmə yerinə yaxud digər oxşar meyarlara əsasən orada vergiyə cəlb olunan şəxsi və eləcə də həmin Dövlət və ya onun hər hansı inzibati-ərazi bölməsi və ya yerli hakimiyyət orqanını bildirilir. Bununla belə, bu termin yalnız Razılığa gələn Dövlətdəki mənbələrdən yaxud orada yerləşən əmlakdan gəlir əldə etməsi ilə bağlı həmin Dövlətdə vergiyə cəlb olunan şəxsi əhatə etmir.

2) Bu Maddənin 1-ci bəndinin müddəalarına müvafiq olaraq, fiziki şəxs Razılığa gələn hər iki Dövlətin rezidentidirsə, onun statusu aşağıdakı qaydada müəyyənləşdirilir:

a) əgər Razılığa gələn bir Dövlətdə onun daimi yaşayış yeri varsa, o yalnız həmin Dövlətin rezidenti hesab olunur. Əgər onun hər iki Razılığa gələn Dövlətdə daimi yaşayış yeri varsa, bu halda o, yalnız daha sıx şəxsi və iqtisadi əlaqələrə malik olduğu (həyati mənafelərin mərkəzi) Razılığa gələn Dövlətin rezidenti hesab olunur;

b) əgər onun həyati mənafelərin mərkəzinin hansı Dövlətdə olduğunu müəyyən etmək qeyri-mümkündürsə, yaxud bu Dövlətlərin heç birində daimi yaşayış yeri yoxdursa, o yalnız adətən yaşadığı Dövlətin rezidenti hesab olunur;

c) əgər o, adətən hər iki Dövlətdə yaşayırsa və ya adətən onlardan heç birində yaşamırsa, o, yalnız vətəndaşı olduğu Dövlətin rezidenti hesab olunur;

d) əgər o, hər iki Razılığa gələn Dövlətin vətəndaşıdırsa və ya onlardan heç birinin vətəndaşı deyilsə, Razılığa gələn Dövlətlərin səlahiyyətli orqanları bu məsələni qarşılıqlı razılaşma yolu ilə həll etməyə sə'y göstərirlər.

3) Əgər fiziki şəxs olmayan şəxs bu Maddənin 1-ci bəndinin müddəalarına görə hər iki Razılığa gələn Dövlətin rezidentidirsə, o, yalnız qeydiyyatdan keçdiyi və faktiki rəhbərliyin yerləşdiyi Dövlətin rezidenti hesab edilir. Əgər qeydiyyat yeri və faktiki rəhbərliyin yerləşdiyi yer eyni Razılığa gələn Dövlətdə deyilsə, onda Razılığa gələn Dövlətlərin səlahiyyətli orqanları məsələni qarşılıqlı razılaşma əsasında həll etməyə sə'y göstərirlər.

Maddə 5
Daimi nümayəndəlik

1) Bu Konvensiyanın məqsədləri üçün "daimi nümayəndəlik" termini müəssisənin Razılığa gələn digər Dövlətdə sahibkarlıq fəaliyyətini tamamilə və ya qismən həyata keçirdiyi daimi fəaliyyət yerini bildirir.

2) "Daimi nümayəndəlik" terminə xüsusilə aşağıdakılar daxildir:

a) idarəetmə yeri;

b) filial;

c) ofis;

d) fabrik;

e) e'malatxana;

f) təbii ehtiyatların kəşfiyyatı üçün istifadə edilən qurğu, tikili və ya gəmi yaxud hər hansı başqa yer;

g) yataq, neft yaxud qaz quyusu, karxana, qurğu və ya tikili yaxud təbii ehtiyatların işləndiyi və hasil olunduğu hər hansı başqa yer; və,

h) tikinti meydançası, quraşdırma və ya montaj obyekti, bir şərtlə ki, o, 12 aydan artıq müddət ərzində davam etsin.

3) Məsləhət xidmətləri də daxil olmaqla Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsinin öz işçiləri və ya bu məqsədlər üçün müəssisə tərəfindən işə götürülmüş digər işçi heyəti vasitəsilə xidmətlərin göstərilməsi nəticəsində yalnız həmin Dövlət daxilində bu qəbildən olan işlərin (eyni və ya əlaqədar layihə üçün) altı aydan artıq bir müddət ərzində davam etməsi halda nümayəndəlik təyin olunur.

4) Bu maddənin əvvəlki müddəalarına baxmayaraq, "daimi nümayəndəlik" terminə aşağıdakılar aid edilmir:

a) müəssisəyə məxsus olan mal və mə'mulat ehtiyatlarını yalnız saxlamaq, nümayiş etdirmək yaxud göndərmək məqsədləri üçün obyektlərdən istifadə olunması;

b) müəssisəyə mənsub olan mal yaxud mə'mulat ehtiyatlarının yalnız saxlanılmaq, nümayiş etdirilmək və sonradan göndərilmək məqsədi ilə saxlanılması;

c) müəssisəyə mənsub olan mal və ya mə'mulat ehtiyatlarının yalnız başqa müəssisə tərəfindən yenidən e'mal edilməsi məqsədi ilə saxlanılması;

d) daimi fəaliyyət yerinin yalnız müəssisə üçün mal və ya mə'mulatların satın alınması yaxud informasiya toplanılması məqsədi ilə saxlanılması;

e) daimi fəaliyyət yerinin müəssisə üçün yalnız hazırlıq yaxud yardımçı xarakterli istənilən digər işlərin yerinə yetirilməsi məqsədi ilə saxlanılması;

f) daimi fəaliyyət yerinin a) - e) yarımbəndlərində sadalanmış fəaliyyət növlərinin istənilən kombinasiyada həyata keçirilməsi üçün saxlanılması - bir şərtlə ki, bu kombinasiya nəticəsində meydana çıxan daimi yerin məcmu fəaliyyəti hazırlıq yaxud köməkçi xarakter daşısın.

5) 1-ci və 2-ci bəndin müddəalarına baxmayaraq, əgər 6-cı bəndin şamil edildiyi müstəqil statuslu agentdən fərqli şəxs hər hansı bir müəssisənin adından fəaliyyət göstərirsə,

və Razılığa gələn Dövlətdə həmin müəssisənin adından müqavilələr bağlamaq səlahiyyətinə malikdirsə və adətən bu səlahiyyətdən istifadə edirsə, həmin müəssisə bu şəxsin müəssisə üçün həyata keçirdiyi hər hansı fəaliyyətlə bağlı həmin Dövlətdə daimi nümayəndəliyə malik olan hesab edilir (bu şərtlə ki, həmin şəxsin fəaliyyəti 4-cü bənddə nəzərdə tutulmuş və həmin bəndin müddəalarına görə, daimi fəaliyyət yeri vasitəsilə həyata keçirilərkən daimi nümayəndəlik yaratmayan fəaliyyətlə məhdudlaşmasın).

6) Müəsisə Razılığa gələn digər Dövlətdə broker, ümumi komisyon agenti, yaxud müstəqil statusu olan hər hansı agent vasitəsilə sadəcə olaraq biznes həyata keçtdiyinə və bu şəxslər fəaliyyətlərini adi qaydada yerinə yetirdiyinə görə, Razılığa gələn digər Dövlətdə *daimi nümayəndiliyi olan bir müəssisə hesab edilmir. Lakin bu agentin fəaliyyəti* bütövlükdə yaxud əsasən bütövlükdə həmin müəssisə üçün həyata keçirilirsə, əməliyyatların agentlə müəssisə arasında müstəqil tərəflər arasında razılaşdırılmış şərtlərə (müstəqillik prinsipi) müvafiq surətdə aparıldığı hallar istisna edilməklə həmin agent bu maddənin məqsədlərinə uyğun olaraq müstəqil statuslu agent hesab edilmir.

7) Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olan şirkətin Razılığa gələn digər Dövlətin rezidenti olan başqa bir şirkətə nəzarət etməsi və ya onun nəzarəti altında olması yaxud həmin Dövlətdə sahibkarlıq fəaliyyətini həyata keçirməsi (daimi nümayəndəlik vasitəsilə yaxud başqa tərzdə) faktı bu şirkətlərdən birini digərinin daimi nümayəndəliyinə çevirmir.

Maddə 6
Daşınmaz əmlakdan gəlirlər

1) Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin Razılığa gələn digər Dövlətdə yerləşən daşınmaz əmlakdan əldə etdiyi (kənd və meşə təsərrüfatından gəlirlər də daxil olmaqla) gəlirlər həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) "Daşınmaz əmlak" termini göstərilən əmlakın yerləşdiyi Razılığa gələn Dövlətin qanunvericiliyi ilə müəyyən edilmiş mə'naya malikdir. Bütün hallarda bu termin daşınmaz əmlaka münasibətdə yardımçı əmlakı, kənd və meşə təsərrüfatında istifadə edilən mal-qara və avadanlığı, torpaq mülkiyyəti barədə ümumi qanunvericilik müddəalarının tətbiq edildiyi hüquqları, daşınmaz əmlakın uzufruktunu, mineral ehtiyatların, mənbələrin və digər faydalı

qazıntıların işlənməsi yaxud işlənmə hüququna görə dəyişkən və ya təsbit olunmuş kompensasiya şəklində ödənişləri əhatə edir. Gəmilər, qayıqlar, təyyarələr daşınmaz əmlak hesab edilmir.

3) Bu Maddənin 1-ci bəndinin müddəaları daşınmaz əmlakın bilavasitə istifadəsindən, icarəyə verilməsindən yaxud hər hansı digər formada istifadəsindən əldə olunmuş gəlirlərə tətbiq edilir.

4) Bu Maddənin 1-ci və 3-cü bəndlərinin müddəaları müəssisələrin daşınmaz əmlakdan əldə etdiyi gəlirlərə və müstəqil fərdi xidmətlərin göstərilməsi üçün istifadə olunan daşınmaz əmlakdan əldə olunan gəlirlərə də şamil edilir.

Maddə 7
Sahibkarlıq fəaliyyətindən əldə olunan mənfəət

1) Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsi Razılığa gələn digər Dövlətdə yerləşən daimi nümayəndəlik vasitəsilə sahibkarlıq fəaliyyəti göstərmirsə, onun sahibkarlıq fəaliyyətindən əldə etdiyi mənfəət yalnız adı birinci çəkilən Dövlətdə vergiyə cəlb olunur. Əgər müəssisə sahibkarlıq fəaliyyətini yuxarıda göstərilən tərzdə həyata keçirirsə, bu halda onun mənfəətinin yalnız bu daimi nümayəndəliyə aid olan hissəsi Razılığa gələn digər Dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər.

2) Bu Maddənin 3-cü bəndinin müddəalarına nəzərə alınmaqla, Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsi Razılığa gələn digər Dövlətin ərazisində yerləşən daimi nümayəndəlik vasitəsilə sahibkarlıq fəaliyyəti göstərirsə, Razılığa gələn Dövlətlərin hər birində bu daimi nümayəndəliyin mənfəətinə onun ayrıca və müstəqil surətdə, bənzər şəraitdə eyni fəaliyyət növü ilə məşğul olan müəsəsisə kimi işləyəcəyi və daimi nümayəndəliyi olduğu müəssisədən heç bir asılılığı olmadan fəaliyyət göstərəcəyi halda əldə edə biləcəyi mənfəətə aid edilir.

3) Daimi nümayəndəliyin mənfəəti müəyyənləşdirilərkən, Razılığa gələn Dövlətdə yaxud onun hüdudlarından kənarda çəkilməsindən asılı olmayaraq, daimi nümayəndəliyin məqsədləri üçün çəkilmiş xərclərin, o cümlədən, bu dövlətin daxili qanunvericiliyi ilə

müəyyənləşdirilmiş normalar çərçivəsində idarəetmə və ümumi inzibati məsrəflərin çıxılmasına yol verilir.

4) Əgər Razılığa gələn Dövlətin qanunvericiliyinə əsasən daimi nümayəndəliyə aid olan mənfəət adətən müəssisənin mənfəətinin ümumi məbləğinin öz bölmələri arasında proporsional qaydada bölgüsü əsasında müəyyənləşdirilirsə, bu Maddənin 2-ci bəndinin müddəaları vergiyə cəlb olunan mənfəəti bu cür bölgü əsasında müəyyənləşdirməkdə Razılığa gələn Dövlətə heç bir maneə yaratmır. Seçilmiş bölgü metodu bu Maddədə nəzərdə tutulan prinsiplərə müvafiq nəticələr verməlidir.

5) Öz müəssisəsi üçün mal və mə'mulat aldığına görə daimi nümayəndəliyə heç bir mənfəət hesablanmır.

6) Yuxarıda qeyd olunan bəndlərin məqsədlərinə uyğun olaraq daimi nümayəndəliyə aid edilən gəlirlər kifayət qədər əsaslı səbəblər olan əks hallar istisna edilməklə hər il eyni metodla müəyyənləşdirilir.

7) Əgər mənfəətə bu Konvensiyanın digər Maddələrində ayrıca nəzərdə tutulmuş gəlir növləri daxildirsə, bu Maddənin müddəaları həmin Maddələrin müddəalarına tə'sir göstərmir.

Maddə 8
Dəniz və hava nəqliyyatı

1) Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsinin dəniz yaxud hava gəmilərinin beynəlxalq daşımalarda istismarından əldə etdiyi mənfəət yalnız həmin Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb olunur.

2) Bu Maddənin məqsədləri üçün dəniz yaxud hava gəmilərinin beynəlxalq daşımalarda istismarından əldə olunan mənfəətə aşağıdakılar daxildir:

a) dəniz və hava gəmilərinin beynəlxalq daşımalar məqsədilə ekipajsız icarəyə verilməsindən gəlirlər; və

b) dəniz və hava gəmilərinin beynəlxalq daşımalarda istismar olunmasında konteynerların istifadə olunması, saxlanılması yaxud icarəyə verilməsi təsadüfi xarakter daşıyan hallarda beynəlxalq daşımalar zamanı malların, mə'mulatların daşınmasında istifadə edilən konteynerlərin (o cümlədən, konteynerlərin daşınması üçün traylerlər və əlaqədar avadanlıqlar) istifadəsi, saxlanılması və ya icarəyə verilməsindən gəlirlər.

3) Bu Maddənin 1-ci və 2-ci bəndlərinin müddəaları nəqliyyat vasitələrinin istismarı ilə bağlı pulda, müştərək müəssisə yaxud beynəlxalq təşkilatda iştirakdan əldə olunan mənfəətə də tətbiq edilir.

Maddə 9
Qohum müəssisələr

1) Əgər:

a) Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsi Razılığa gələn digər Dövlətin müəssisəsinin idarə edilməsində, nəzarət olunmasında və kapitalında birbaşa və dolayı yolla iştirak edirsə,

və ya,

b) eyni şəxslər Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsinin və Razılığa gələn digər Dövlətin müəssisəsinin idarə edilməsində, nəzarət olunmasında və kapitalında birbaşa yaxud dolayı yolla iştirak edirsə və hər iki halda həmin müəssisələrin qarşılıqlı kommersiya-maliyyə əlaqələrində iki müstəqil müəssisə arasında mövcud ola biləcək münasibətlərdən fərqli şərtlər yaradıldıqda yaxud müəyyənləşdirildikdə, onlardan hər hansına hesablana bilən, lakin bu şərtlərə görə hesablanmamış mənfəət, həmin müəssisənin mənfəətinə daxil edilib, müvafiq surətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) Əgər Razılığa gələn Dövlət həmin Dövlətin müəssisəsinin mənfəətinə Razılığa gələn digər Dövlətin müəssisəsinin həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb olunmuş mənfəətini daxil edib, müvafiq qaydada vergi qoyarsa və bu tərzdə daxil olunmuş mənfəət bu müəssisələr

arasında müstəqil müəssisələr arasında yarana biləcək əlaqələr zamanı adı birinci çəkilən Dövlətin müəssisəsinə hesablana biləcək mənfəətdirsə, Razılığa gələn digər Dövlət bu mənfəətdən tutulan verginin məbləğində müvafiq düzəlişlər aparmalıdır. Düzəlişlər verilərkən bu Konvensiyanın digər müddəaları nəzərə alınmalı, Razılığa gələn Dövlətlərin səlahiyyətli orqanları isə zəruri hallarda bir-biri ilə məsləhətləşmələr aparmalıdırlar.

Maddə 10
Dividendlər

1) Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olan müəssisə tərəfindən Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentinə ödənilən dividendlər həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) Bununla belə, Razılığa gələn Dövlətinin rezidenti olan müəssisə tərəfindən ödənilən bu dividendlər, həmin müəssisənin rezidenti olduğu Dövlətin qanunvericiliyinə uyğun surətdə vergiyə cəlb oluna bilər, lakin dividend alan dividendlərin faktiki sahibi olduğu halda bu cür tutulan verginin məbləği:

a) əgər dividendlərin faktiki sahibi dividendlər ödəyən şirkətin kapitalının bilavasitə ən azı 25 faizinin sahibi olan bir şirkətdirsə və onun iştirak payı 250000 ABŞ dolları və ya hər hansı digər valyutada ona bərabər məbləğdən artıqdırsa, dividentlərin ümumi məbləğinin 5 %-dən;

b) əgər dividendlərin faktiki sahibi dividendlər ödəyən şirkətin kapitalının bilavasitə ən azı 25 faizinin sahibi olan bir şirkətdirsə və onun iştirak payı 100000 ABŞ dolları və ya hər hansı digər valyutada ona bərabər məbləğdən artıqdırsa, dividentlərin ümumi məbləğinin 10 %-dən;

c) bütün digər hallarda isə dividentlərin ümumi məbləğinin 15 %-dən artıq olmamalıdır.

Bu bənd dividendlər ödənilən mənfəətə münasibətdə şirkətin vergiyə cəlb olunmasına tə'sir göstərmir.

3) Bu Maddədə istifadə olunan "dividendlər" termini borc tələbnaməsi olmayan, lakin mənfəətin bölgüsündə iştirak etmək hüququ verən istənilən səhmlərdən və ya başqa hüquqlardan, həmçinin, gəlirləri bölüşdürən şirkətin rezident olduğu Dövlətin qanunvericiliyinə müvafiq olaraq səhmlərdən gəlirlər kimi eyni tərzdə vergiqoymaya cəlb olunan digər korporativ hüquqlardan əldə edilən gəlirləri ifadə edir.

4) Əgər dividendlərin faktiki sahibi Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olaraq dividendləri ödəyən şirkətin rezident olduğu Razılığa gələn digər Dövlətdə yerləşən daimi nümayəndəliyi vasitəsilə sahibkarlıq fəaliyyəti göstərirsə yaxud orada yerləşən daimi bazadan müstəqil fərdi xidmətlər göstərirsə və dividendlərin ödənildiyi xoldinq həqiqətən də bu daimi nümayəndəliklə yaxud daimi baza ilə faktiki olaraq əlaqəlidirsə bu Maddənin 1-ci və 2-ci bəndlərinin müddəaları tətbiq edilmir. Bu halda şəraitdən asılı olaraq bu Konvensiyanın 7-ci və 14-cü Maddələrinin müddəaları tətbiq edilir.

5) Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olan şirkət Razılığa gələn digər Dövlətdən mənfəət və ya gəlir əldə etdiyi halda, digər Dövlət, dividendlərin həmin digər Dövlətin rezidentinə ödənildiyi və ya dividendlər ödənilən xoldinq həmin digər Dövlətdə yerləşən daimi nümayəndəliyə və ya daimi bazaya aid olduğu hallar istisna edilməklə, şirkətin ödədiyi dividendlər və bölüşdürülməmiş mənfəətdən, hətta bu dividendlərin və ya bölüşdürülməmiş mənfəətin tamimilə və ya qismən həmin digər Dövlətdə yaranan mənfəətə və ya gəlirdən olduğu haldə, vergi tuta bilməz.

Maddə 11
Faizlər

1) Razılığa gələn Dövlətdə yaranan və Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentinə ödənilən faizlər həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) Bununla belə, bu faizlər Razılığa gələn Dövlətin qanunvericiliyinə uyğun olaraq, yarandığı Dövlətdə də vergiyə cəlb oluna bilər, lakin faizləri alan onların faktiki sahibidirsə, tutulan vergi faizlərin ümumi məbləğinin 10 %-dən çox olmamalıdır.

3) Bu Maddədə istifadə olunan "faizlər" termini ipoteka tə'minatından və borcluların mənfəətində iştirak hüququnun sahibliyindən asılı olmayaraq, istənilən borc tələbindən olan gəlirləri, o cümlədən hökumətin qiymətli kağızlarından, istiqrazlardan, yaxud borc öhdəliklərindən, həmin qiymətli kağızlar, istiqrazlar və ya borc öhdəlikləri üzrə mükafatlar və uduşlar daxil olmaqla, əldə olunan gəlirləri ifadə edir. Vaxtında ödənilməmiş məbləğlərə görə tətbiq edilən cərimə sanksiyaları bu maddənin məqsədləri üçün "faiz" sayılmır.

4) 2-ci bəndin müddəalarına baxmayaraq, 1-ci bənddə göstərilən faizlər həmin faizlərin faktiki sahibi rezident olduğu halda yalnız Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər, əgər:

a) faizi ödəyən və ya alan və yaxud borcla əlaqədar yaranan faizi ödəyən, ona zəmanət verən və ya onu tə'min edən Razılığa gələn Dövlətin özüdürsə və ya onun qanuni orqanı, inzibati ərazi bölməsi və ya yerli hakimiyyət orqanı və ya Mərkəzi Bankıdırsa;

b) faiz ödəyənin rezidenti olduğu Razılığa gələn Dövlətin hökuməti tərəfindən təsdiq edilmiş borcla əlaqədar ödənilirsə;

c) faiz Razılığa gələn digər Dövlətin hər hansı bir müəssisəsinə istənilən malların və ya sənaye, kommersiya və ya elm avadanlıqlarının kreditlə satışı nəticəsində yaranmış borcla əlaqədar ödənirsə.

5) Əgər faizlərin faktiki sahibi Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olaraq, faizlərin yarandığı Razılığa gələn digər Dövlətdə daimi nümayəndəliyi vasitəsilə sahibkarlıq fəaliyyətini həyata keçirirsə yaxud həmin digər Dövlətdə yerləşən daimi baza vasitəsi ilə müstəqil fərdi xidmətlər göstərirsə və faizlər ödənilən borc tələbnaməsi həqiqətən də bu daimi nümayəndəliyə yaxud daimi bazaya aiddirsə, bu Maddənin 1-ci və 2-ci bəndlərinin müddəaları tətbiq edilmir. Bu halda, şəraitdən asılı olaraq, bu Konvensiyanın 7-ci yaxud 14-cü Maddələrinin müddəaları tətbiq edilir.

6) Əgər faizlərin ödəyicisi Razılığa gələn Dövlətin rezidentidirsə, belə hesab olunur ki, faizlər həmin bu Dövlətdə yaranmışdır. Lakin, faizləri ödəyən şəxs Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olub-olmamasından asılı olmayaraq, Razılığa gələn Dövlətdə daimi nümayəndəliyə

yaxud daimi bazaya malikdirsə və həmin daimi nümayəndəliyin yaxud daimi baza ilə bağlı faizlər ödənilən borc yaranırsa və həmin borca görə faizlərin ödənilməsi üzrə xərcləri həmin daimi nümayəndəlik və ya daimi baza çəkirsə, belə hesab edilir ki, faizlər bu daimi nümayəndəliyin yaxud daimi bazanın yerləşdiyi Razılığa gələn Dövlətdə yaranmışdır.

7) Əgər faizlərin ödəyicisi və faizlərin faktiki sahibi arasında yaxud onların hər ikisi ilə istənilən üçüncü şəxs arasında mövcud olan xüsusi münasibətlər səbəbindən borc tələbi ilə əlaqədar ödənilən faizlərin məbləği, bu münasibətlər olmadığı halda faizlərin ödəyicisi ilə və faktiki sahibi arasında razılaşdırıla bilən məbləğdən artıq olarsa, bu maddənin müddəaları yalnız sonuncu adı çəkilən məbləğə şamil edilir. Bu halda ödənişin artıq hissəsi bu Konvensiyanın digər müddəaları nəzərə alınmaqla, Razılığa gələn Dövlətlərdən hər birinin qanunvericiliyinə müvafiq surətdə vergiyə cəlb edilir.

Maddə 12
Royalti

1) Razılığa gələn Dövlətdə yaranan və Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentinə ödənilən royaltilər həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) Belə royaltilər onların yarandığı Razılığa gələn Dövlətdə də onun qanunvericiliyinə uyğun olaraq vergiyə cəlb oluna bilər, lakin həmin gəlirlərin faktiki sahibi Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentidirsə, onda tutulan vergi:

a) bu royaltilərin ödənildiyi patent, dizayn və ya model, plan, məxfi formula və ya proses və ya sənaye, kommersiya və ya elmi təcrübələrlə əlaqədar informasiyanın yaşı 3 ildən artıq deyilsə, royaltinin ümumi məbləğinin 5 faizindən;

b) bütün digər hallarda royaltilərin ümumi məbləğinin 10 faizindən çox olmamalıdır.

3) Bu Maddədə istifadə olunan "royalti" termini ədəbiyyat, incəsənət yaxud elm əsərlərinə (o cümlədən, kinematoqrafiya filmləri, radio və televiziya verilişlərində istifadə olunan istənilən filmlər yaxud lent yazıları), istənilən patentə, ticarət markasına, dizayna

yaxud modelə, plana, məxfi düstura yaxud prosesə və ya sənaye, kommersiya yaxud elmi təcrübəyə dair informasiyasıya (know-how) müəllif hüquqlarından istifadəyə və istifadə hüququnun verilməsinə görə əvəzi ödənilən şəklində alınan istənilən ödənişləri ifadə edir.

4) Əgər royaltinin faktiki sahibi Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olaraq, royaltinin yarandığı digər Razılığa gələn Dövlətdə öz daimi nümayəndiliyi vasitəsilə sahibkarlıq fəaliyyətini həyata keçirirsə yaxud həmin digər Dövlətdə yerləşən daimi baza vasitəsi ilə müstəqil fərdi xidmətlər göstərirsə və barəsində royalti ödənilən hüquqlar yaxud əmlak həqiqətən də bu daimi nümayəndəliyə yaxud bazaya aiddirsə, bu Maddənin 1-ci və 2-ci bəndlərinin müddəaları tətbiq edilmir. Belə halda şəraitdən asılı olaraq, bu Konvensiyanın 7-ci və 14-cü Maddələrinin müddəaları şamil edilir.

5) Əgər royaltinin ödəyicisi Razılığa gələn Dövlətin rezidentidirsə, belə hesab olunur ki, royalti həmin bu Dövlətdə yaranmışdır. Royalti ödəyən şəxs Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olub-olmasından asılı olmayaraq, bu Dövlətlərdən birində daimi nümayəndəliyə yaxud daimi bazaya malikdirsə və royalti ödəmək öhdəliyi bu nümayəndəlik yaxud daimi baza ilə əlaqədar meydana çıxmışsa və royaltinin ödənilməsi üzrə xərcləri bu daimi nümayəndəlik yaxud daimi baza çəkirsə, belə hesab olunur ki, royalti daimi nümayəndəliyin yaxud daimi bazanın yerləşdiyi Razılığa gələn Dövlətdə yaranmışdır.

6) Əgər royaltinin ödəyicisi və faktiki sahibi arasında yaxud onlarla istənilən üçüncü şəxs arasında mövcud olan xüsusi münasibətlər səbəbindən royaltinin tətbiqi, hüquq və məlumatı ilə əlaqədar ödənilməli olan məbləği, bu münasibətlər olmadığı halda ödəyici və faktiki sahib arasında razılaşdırıla bilən royaltinin məbləğindən artıq olarsa, bu Maddənin müddəaları yalnız adı sonuncu çəkilmiş məbləğə şamil edilir. Bu halda ödənişin artıq hissəsi bu Konvensiyanın digər müddəaları nəzərə alınmaqla, Razılığa gələn Dövlətlərdən hər birinin qanunvericiliyinə müvafiq surətdə vergiyə cəlb edilir.

Maddə 13

Əmlakın özgəninkiləşdirilməsindən gəlirlər

1) Bu Konvensiyanın 6-cı Maddəsində müəyyənləşdirilmiş Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin digər Dövlətdə yerləşən daşınmaz əmlakının özgəninkiləşdirilməsindən əldə etdiyi gəlirlər həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin təsdiq edilmiş Fond Birjasında kotirovka olunan səhmləri istisna edilməklə, dəyəri və ya dəyərinin çox hissəsi digər Dövlətdə yerləşən bilavasitə və ya bilvasitə daşınmaz əmlakla əlaqədar əldə edilən səhmlərin özgəninkiləşdirilməsi nəticəsində əldə olunan gəlirlər həmin digər dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər.

3) Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsinin Razılığa gələn digər Dövlətdə yerləşən daimi nümayəndəliyinin kommersiya əmlakının bir hissəsi olan daşınar əmlakın yaxud Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin müstəqil şəxsi xidmətlər göstərmək üçün Razılığa gələn digər Dövlətdəki daimi bazanın daşınar əmlakının, o cümlədən belə daimi nümayəndəliyin və ya belə daimi bazanın özgəninkiləşdirilməsindən (ayrılıqda yaxud bütün müəssisə ilə birgə) gəlirlər həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər.

4) Razılığa gələ Dövlətin rezidenti olan müəssisə tərəfindən beynəlxalq daşımalarda istismar olunan dəniz yaxud hava gəmilərinin, onların istismarı ilə bağlı olan daşınar əmlakın özgəninkiləşdirilməsindən əldə olunan gəlirlər yalnız həmin Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb edilir.

5) Bu Maddənin 1-ci, 2-ci, 3-cü və 4-cü bəndlərində qeyd olunanlar istisna edilməklə istənilən əmlakın özgəninkiləşdirilməsindən əldə olunan gəlirlər yalnız əmlakı özgəninkiləşdirilən şəxsin rezident olduğu Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

Maddə 14
Müstəqil fərdi xidmətlər

1) Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin peşəkar xidmətlər göstərməsindən yaxud müstəqil xarakterli digər fəaliyyətlərindən əldə etdiyi gəlirlər, Razılığa gələn digər Dövlətdə bu fəaliyyəti həyata keçirmək üçün müntəzəm istifadə etdiyi daimi bazaya malik olduğu hallardan başqa, yalnız həmin Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb olunur. Əgər onun belə daimi bazası varsa, gəlirin yalnız göstərilən baza ilə bağlı olan hissəsinin həddində Razılığa gələn digər Dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər.

2) "Peşəkar xidmətlər" terminə müstəqil elmi, ədəbi, aktyorluq, təhsil yaxud müəllimlik xidmətləri, o cümlədən həkimlərin, vəkillərin, mühəndislərin, arxitektorların, stomatoloqların, mühasiblərin və auditorların müstəqil fəaliyyəti daxildir.

3) Bu Maddənin 1-ci bəndinin müddəalarından asılı olmayaraq, Razılığa gələn Dövlətin rezidenti cari maliyyə ilində başlayan və ya başa çatan istənilən 12 aylıq dövr ərzində ümumilikdə 183 gündən artıq bir müddətdə yaxud müddətlərdə Razılığa gələn digər Dövlətdə olmuşdursa, onun peşəkar xidmətlər göstərməsindən yaxud müstəqil xarakterli digər fəaliyyətdən əldə etdiyi gəlirlər yalnız Razılığa gələn digər Dövlətdə göstərilən xidmətlərə aid olduqda vergilərə cəlb olunur.

Maddə 15
Muzdla görülən şəxsi xidmətlər

1) Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin Razılığa gələn digər Dövlətdə muzdla işləməsi istisna edilməklə, onun Razılığa gələn Dövlətdə aldığı maaş, əmək haqqı və digər oxşar mükafatlar bu Konvensiyanın 16-cı, 18-ci, 19-cu və 20-ci Maddələrinin müddəaları nəzərə alınmaqla, yalnız həmin Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb edilir. Əgər muzdlu işlər Razılığa gələn digər Dövlətdə yerinə yetirilmişdirsə, alınmış maaş, əmək haqqı və digər oxşar mükafatlar həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər.

2) Bu Maddənin 1-ci bəndinin müddəalarından asılı olmayaraq, Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin Razılığa gələn digər Dövlətdə muzdla işləməsi ilə əlaqədar aldığı mükafat aşağıdakı hallarda, yalnız adı birinci çəkilən Dövlətdə vergiyə cəlb edilir əgər:

a) mükafatı alan şəxs cari maliyyə ilində başlayan yaxud başa çatan istənilən 12 aylıq dövrün ümumilikdə 183 günündən çox olmayan bir müddətdə və ya müddətlərdə Razılığa gələn digər Dövlətdə olursa,

b) mükafat Razılığa gələn digər Dövlətin rezidenti olmayan işəgötürən tərəfindən yaxud onun adından ödənilirsə,

c) mükafat verilməsi üzrə xərclər işəgötürənin Razılığa gələn digər Dövlətdəki daimi nümayəndəliyi yaxud daimi bazası tərəfindən çəkilmirsə.

3) Bu Maddənin əvvəlki müddəalarından asılı olmayaraq, Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olan müəssisənin tərəfindən beynəlxalq daşımalarda istifadə etdiyi dəniz yaxud hava gəmisinin göyərtəsində muzdla işləməyə görə verilən mükafatlara həmin Dövlətdə vergi qoyula bilər.

Maddə 16
Direktorların qonorarı

Razılığa gələn bir Dövlətin rezidentinin Razılığa gələn digər Dövlətin rezidenti olan şirkətin direktorlar şurasının üzvü kimi aldığı qonorarlar və oxşar ödənişlər həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər.

Maddə 17
Artistlər və idmançılar

1) Bu sazişin 7-ci, 14-cü və 15-ci Maddələrinin müddəalarından asılı olmayaraq, Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin Razılığa gələn digər Dövlətdə incəsənət işçisi, teatr, kino, estrada, radio, televiziya artisti və ya musiqiçisi yaxud idmançı kimi fərdi fəaliyyətindən əldə etdiyi gəlir həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) Əgər incəsənət işçisinin yaxud idmançının bu sahələrdəki fərdi fəaliyyətindən əldə etdiyi gəlirlər onların özünə deyil, hər hansı başqa bir şəxsə hesablanırsa, həmin gəlirlər bu

Konvensiyanın 7-ci, 14-cü və 15-ci Maddələrinin müddəalarından asılı olmayaraq, incəsənət işçisinin yaxud idmançının fəaliyyətini həyata keçirdiyi Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

3) Əgər incəsənət işçisinin yaxud idmançının Razılığa gələn Dövlətdə fəaliyyət göstərməsi Razılığa gələn Dövlətlərdən birinin yaxud hər ikisinin ictimai fondları, inzibati-ərazi bölmələr yaxud yerli hakimiyyət orqanları tərəfindən maliyyələşdirilirsə, bu Maddənin 1-ci və 2-ci bəndlərinin müddəaları həmin fəaliyyətdən əldə olunan gəlirlərə şamil edilmir. Bu halda incəsənət işçisinin yaxud idmançının gəliri yalnız rezident olduğu Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb olunur.

Maddə 18
Təqaüdlər

Razılığa gələn Dövlətin Rezidentinə keçmişdə muzdla işləməsi ilə əlaqədar ödənilən təqaüdlər və oxşar mükafatlar bu Konvensiyanın 19-cu Maddəsinin 2-ci bəndinin müddəalarına əməl edilməklə, yalnız həmin Dövlətdə vergiyə cəlb olunur.

Maddə 19
Dövlət qulluğunda olan işçilər

1) a) Razılığa gələn Dövlət, onun ərazi-inzibati bölmələri yaxud yerli hakimiyyət orqanları tərəfindən hər hansı fiziki şəxsə bu Dövlətə, onun ərazi-inzibati bölmələrinə yaxud yerli hakimiyyət orqanlarına göstərdiyi şəxsi qulluğa görə ödənilən, təqaüd olmayan əmək haqqı, maaş və digər oxşar mükafatlar yalnız həmin Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

b) lakin qulluq Razılığa gələn digər Dövlətdə göstərilirsə və fiziki şəxs o Dövlətin rezidentidirsə və o:

(i) həmin Dövlətin vətəndaşıdırsa; yaxud

(ii) yalnız qulluq göstərmək üçün həmin Dövlətin rezidentinə çevrilməmişdirsə, bu cür mükafatlara yalnız Razılığa gələn digər Dövlətdə vergi qoyulur.

2) a) Razılığa gələn Dövlət, onun ərazi-inzibati bölməsi yaxud yerli hakimiyyət orqanları tərəfindən və ya onların yaratdıqları fondlardan fiziki şəxsin həmin Dövlətə, onun ərazi-inzibati bölməsinə yaxud yerli hakimiyyət orqanına göstərdiyi xidmətə görə ödənilən istənilən təqaüd yalnız həmin Dövlətdə vergiyə cəlb olunur.

b) fiziki şəxs Razılığa gələn digər Dövlətin rezidenti və vətəndaşı olduğu halda bu təqaüd yalnız həmin Dövlətdə vergiyə cəlb olunur.

3) Bu Konvensiyanın 15-ci, 16-cı, 17-ci və 18-ci Maddələrinin müddəaları Razılığa gələn Dövlətin, onun ərazi-inzibati bölməsi yaxud yerli hakimiyyət orqanının sahibkarlıq fəaliyyətinin həyata keçirilməsi ilə bağlı olan qulluğa görə ödədiyi mükafat və təqaüdlərə şamil olunur.

Maddə 20
Tələbələr

Razılığa gələn Dövlətə gələrkən Razılığa gələn digər Dövlətin rezidenti olan və ya bilavasitə gəlməzdən əvvəl rezident olduğu, adı birinci çəkilən Dövlətdə yalnız təhsil almaq və təcrübə keçmək üçün yaşayan tələbələrin, təcrübəçilərin və ya peşə hazırlığı keçən şəxslərin dolanmaq, təhsil almaq və təcrübə keçmək üçün aldıqları ödənişlərin mənbəyi həmin Dövlətdən kənarda yerləşərsə, onlar həmin Dövlətdə vergiyə cəlb olunmur.

Maddə 21
Digər gəlirlər

1) Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin bu Konvensiyanın əvvəlki Maddələrində sadalanmayan gəlir növləri harada yaranmasından asılı olmayaraq yalnız həmin Dövlətdə vergiyə cəlb olunur.

2) Bu Konvensiyanın 6-cı Maddəsinin 2-ci bəndində müəyyənləşdirilən daşınmaz əmlakdan əldə olunan gəlirlər istisna edilməklə, digər gəlirlərə, əgər bu gəlirləri alan şəxs Razılığa gələn Dövlətin rezidenti olub, Razılığa gələn digər Dövlətdə yerləşən daimi nümayəndəliyi vasitəsilə sahibkarlıq fəaliyyəti göstərirsə və ya bu Dövlətdə yerləşən daimi bazadan müstəqil fərdi xidmətlər göstərirsə və əldə olunmuş gəlir həqiqətən də bu daimi nümayəndəlik yaxud daimi baza ilə bağlıdırsa, bu Maddənin 1-ci bəndinin müddəaları tətbiq edilmir. Belə halda şəraitdən asılı olaraq, bu Konvensiyanın 7-ci yaxud 14-cü Maddələrinin müddəaları tətbiq edilir.

3) 1 və 2-ci bəndlərin müddəalarından asılı olmayaraq Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin bu Konvensiyanın əvvəlki Maddələrində sadalanmayan və Razılığa gələn digər Dövlətdə əldə olunan gəlir növləri həmin digər Dövlətdə də vergiyə cəlb oluna bilər.

4) Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin Razılığa gələn digər Dövlətdə yaşayış üçün tələb etmək hüququ əsasında əldə etdiyi gəlir Razılığa gələn digər Dövlətin qanunvericiliyinə uyğun olaraq vergidən azad olunduğu halda Razılığa gələn Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilməz.

Maddə 22
Əmlak

1) Bu Konvensiyanın 6-cı Maddəsində göstərilən, Razılığa gələn Dövlətin rezidentinə məxsus olub, Razılığa gələn digər Dövlətdə yerləşən daşınmaz əmlakla təmsil olunmuş əmlak həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

2) Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsinin Razılığa gələn digər Dövlətdəki daimi nümayəndəliyinin kommersiya əmlakının bir hissəsi olan daşınar əmlakla yaxud Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin Razılığa gələn digər Dövlətdə müstəqil şəxsi xidmətlər göstərmək üçün sərəncamında olan daimi bazanın daşınar əmlakı ilə təmsil olunmuş əmlak həmin digər Dövlətdə vergiyə cəlb oluna bilər.

3) Beynəlxalq daşımalarda istismar olunan dəniz və hava gəmiləri və ya bu dəniz və hava gəmilərinin istismarı ilə bağlı olan daşınar əmlakla təmsil olunmuş əmlak yalnız dəniz və ya hava gəmisinə sahib olan müəssisənin rezident olduğu Dövlətdə vergiyə cəlb edilə bilər.

4) Razılığa gələn Dövlətin rezidentinin əmlakının bütün digər növlərinə yalnız həmin Dövlətdə vergi qoyulur.

Maddə 23
İkiqat vergiqoymanın aradan qaldırılması metodu

1) Avstriyaya münasibətdə ikiqat vergiqoymanın qarşısı aşağıdakı kimi alınır:

a) əgər Avstriya rezidenti bu Konvensiyanın müddəalarına əsasən Azərbaycan Respublikasında vergiyə cəlb olunmalı gəlir əldə edirsə yaxud əmlaka malikdirsə, Avstriya belə gəliri və ya əmlakı b) və c) yarımbəndlərinin müddəalarına uyğun olaraq vergidən azad edir;

b) əgər Avstriya rezidenti bu Konvensiyanın 10, 11, 12, 13-cü Maddələrinin 2-ci bəndlərinin və 21-ci Maddəsinin 3-cü bəndinin müddəalarına əsasən Azərbaycan Respublikasında vergiyə cəlb olunmalı gəlir növləri əldə edirsə, Avstriya həmin rezidentin Azərbaycanda ödədiyi vergi məbləğinə bərabər məbləği bu rezidentin gəlir vergisindən çıxmağa icazə verir. Lakin bütün hallarda çıxılan məbləğ Azərbaycanda vergiyə cəlb oluna biləcək gəlirə aid olan hesablamalara qədər hesablanmış vergi hissəsindən yüksək olmamalıdır;

c) Avstriya rezidentinin əldə etdiyi gəlir və ya sahib olduğu əmlak Konvensiyanın hər hansı bir müddəasına uyğun olaraq Avstriyada vergidən azad olduğu halda Avstriya buna baxmayaraq həmin rezidentin qalan gəliri və ya əmlakına vergi məbləğini hesablayarkən vergidən azad gəliri və ya əmlakı nəzərə ala bilər.

2) Azərbaycana münasibətdə ikiqat vergiqoymanın qarşısı aşağıdakı kimi alınır:

Əgər Azərbaycan Respublikasının rezidenti bu Konvensiyanın müddəalarına əsasən Avstriyada vergiyə cəlb olunmalı gəlir əldə edirsə yaxud əmlaka malikdirsə, bu gəlirə yaxud əmlaka görə Avstriyada ödədiyi verginin məbləği bu şəxsdən həmin gəlir və əmlakla əlaqədar olaraq Azərbaycan Respublikasında tutulan verginin məbləğindən çıxılmalıdır. Lakin çıxılan məbləğ Azərbaycan Respublikasının qanunvericiliyinə və vergiqoyma qaydalarına uyğun olaraq bu cür gəlirə yaxud əmlaka hesablanmış verginin məbləğindən çox olamamalıdır.

Maddə 24
Ayrı-seçkiliyə yol verilməməsi

1) Razılığa gələn Dövlətin milli şəxsləri Razılığa gələn digər Dövlətin milli şəxslərinin eyni şəraitdə cəlb olunduğu və ya cəlb oluna biləcəyi vergilərdən yaxud bununla bağlı olan öhdəliklərdən, o cümlədən, rezidentlik baxımından fərqlənən yaxud ağır olan şərtlərlə vergiqoymaya və ya bununla bağlı olan öhdəliklərə cəlb edilməyəcək. Bu Konvensiyanın 1-ci Maddəsinin müddəalarına baxmayaraq, bu şərt Razılığa gələn Dövlətlərdən birinin yaxud hər ikisinin rezidenti olmayan şəxslərə də şamil edilir.

2) Razılığa gələn Dövlətlərin rezidenti olan, vətəndaşlığı olmayan şəxslərə qarşı Razılığa gələn Dövlətlərdən heç birində həmin Dövlətlərin vətəndaşlarının eyni şəraitdə cəlb olunduğu yaxud cəlb oluna biləcəyi vergilərdən və onlarla bağlı olan öhdəliklərdən fərqlənən yaxud daha artıq şərtlərlə vergiqoyma və bununla əlqədar olan öhdəlik tətbiq edilməyəcək.

3) Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsinin Razılığa gələn digər Dövlətdə yerləşən daimi nümayəndəliyinə vergi qoyulması şərtləri, müəssisənin bu digər Dövlətdə eyni fəaliyyətlə məşğul olan müəssisələrinin vergiyə cəlb olunması şərtlərindən ağır olmamalıdır. Bu müddəa Razılığa gələn Dövlətin öz rezidentləri üçün mülki statusu və ailə öhdəlikləri əsasında vergiqoyma üzrə müəyyənləşdirdiyi hər hansı azadolmaları, imtiyazları və güzəştləri Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentləri üçün tətbiq etmək məcburiyyəti kimi təfsir olunmamalıdır.

4) Bu Konvensiyanın 9-cu Maddəsinin 1-ci bəndinin, 11-ci Maddəsinin 7-ci bəndinin yaxud 12-ci Maddəsinin 6-cı bəndinin müddəalarından istifadə edildiyi hallar istisna olmaqla, Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsi tərəfindən Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentinə ödənilən faizlər, royalti və digər ödənişlər bu müəssisənin vergiyə cəlb olunan mənfəəti

müəyyənləşdirilərkən, adı birinci çəkilən Dövlətin rezidentinə münasibətdə müəyyənləşdiriləcək çıxılmalar qədər azaldılmalıdır. Eyni zamanda, Razılığa gələn Dövlətin müəssisəsinin Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentinə olan hər hansı bir borcu, həmin müəssisənin vergiyə cəlb olunan əmlakının müəyyənləşdirilərkən adı birinci qeyd olunmuş Dövlətin rezidenti ilə razılaşdırılmış kimi eyni şərtlər əsasında tutulur.

5) Razılığa gələn Dövlətin kapitalı bütövlükdə yaxud qismən Razılığa gələn digər Dövlətin rezidentinə yaxud rezidentlərinə mənsub və ya onların birbaşa və ya dolayı nəzarəti altında olan müəssisələr adı birinci çəkilən Dövlətin oxşar müəssisələrinin cəlb olunduğu yaxud cəlb oluna biləcəyi vergilərdən və ya onlarla bağlı öhdəliklərdən fərqlənən yaxud ağır olan şərtlərlə vergiyə cəlb edilə bilməz.

6) 2-ci Maddənin müddəalarına baxmayaraq bu Maddənin müddəaları bütün tip və növ vergilərə şamil edilir.

Maddə 25

Qarşılıqlı razılaşma proseduru

1) Əgər hər hansı şəxs rezident Razılığa gələn Dövlətlərdən birinin və ya hər ikisinin hərəkətlərini özünün bu Konvensiyasının müddəalarına uyğun olmayan tərzdə vergilərə cəlb edilməsi ilə nəticələnməsini yaxud nəticələnə biləcəyini güman edirsə, həmin Dövlətlərin milli qanunvericiliyində nəzərdə tutulmuş müdafiə üsullarından asılı olmayaraq, işini rezident olduğu Dövlətin yaxud bu iş 24-cü Maddənin 1-ci bəndinin tə'siri altına düşürsə, milli şəxsi olduğu Razılığa gələn Dövlətin səlahiyyətli orqanlarına baxılmaq üçün verə bilər. Ərizə bu Konvensiyanın müddəalarına uyğun gəlməyən vergiqoymaya səbəb olmuş hərəkətlər haqqında ilk bildirişin göndərildiyi vaxtdan e'tibarən 3 il ərzində təqdim olunmalıdır.

2) Səlahiyyətli orqan ərizəni əsaslandırılmış hesab edib, özü qənaətbəxş qərara gələ bilmirsə, bu Konvensiyanın müddəalarına uyğun gəlməyən ikiqat vergiqoymanı aradan qaldırmaq məqsədilə, məsələni Razılığa gələn digər Dövlətin səlahiyyətli orqanı ilə qarşılıqlı razılıq əsasında həll etməyə çalışmalıdır. Əldə edilmiş hər hansı bir razılıq Razılığa gələn Dövlətin daxili qanunundakı hər hansı bir vaxt məhdudiyyətinə baxmayaraq həyata keçirilməlidir.

3) Razılığa gələn Dövlətlərin səlahiyyətli orqanları bu Konvensiyanın təfsiri yaxud istifadəsi zamanı qarşıya çıxan bütün çətinlikləri yaxud anlaşılmazlıqları qarşılıqlı razılaşma əsasında həll etməyə sə'y göstərməlidirlər. Onlar bu Konvensiyada nəzərdə tutulmamış hallarda ikiqat vergiqoymanı aradan qaldırmaq üçün bir-biri ilə məsləhətləşə bilərlər.

4) Razılığa gələn Dövlətlərin səlahiyyətli orqanları yuxarıdakı Maddələr üzrə razılıq və anlaşmaya nail olmaq üçün bir-biri ilə birbaşa əlaqələr yarada bilərlər.

5) Hər hansı bir xüsusi halda Konvensiyanın şərhi və ya tətbiqi ilə əlaqədar ortaya çıxan hər hansı bir mübahisə qarşılıqlı razılıq əsasında 1 - 4-cü bəndlərdə nəzərdə tutulan prosedurlara uyğun olaraq Razılığa gələn Dövlətin səlahiyyətli bir orqanı tərəfindən həll edilə bilmədiyi halda həmin mübahisə hər iki səlahiyyətli orqanın razılığı ilə beynəlxalq saviyyədə qəbul edilmiş prosedurlara uyğun olaraq dostyana yolla həll edilə bilər. Bu prosedurlar Razılığa gələn Dövlətin səlahiyyətli orqanları arasında müəyyənləşdirilir.

Maddə 26
İnformasiya mübadiləsi

1) Razılığa gələn Dövlətlərin səlahiyyətli orqanları bu Konvensiyanın müddəalarının yerinə yetirilməsi üçün zəruri olan informasiya mübadiləsi aparırlar. Razılığa gələn Dövlətin aldığı hər hansı informasiya məxfi sayılır və yalnız bu Konvensiyanın tə'siri altına düşən vergilərin qiymətləndirilməsi yaxud toplanması, məcburi alınması yaxud məhkəmə qaydasında tə'qib olunması və ya appelyasiyalara baxılması ilə məşğul olan şəxslərə və ya hakimiyyət orqanlarına (o cümlədən, məhkəmələrə və inzibati orqanlara) bildirilir. Bu şəxslər yaxud orqanlar informasiyadan yalnız həmin məqsədlərlə istifadə edirlər. Onlar bu informasiyanı açıq məhkəmə iclaslarında yaxud hüquqi qərar qəbul edildiyi zaman açıqlaya bilərlər.

2) Heç bir halda bu Maddənin 1-ci bəndinin müddəaları Razılığa gələn Dövlətlərin üzərinə aşağıdakı öhdəlikləri qoymuş kimi təfsir edilməməlidir:

a) Razılığa gələn Dövlətin və ya Razılığa gələn digər Dövlətin qanunvericiliyinə və inzibati praktikasına zidd olan inzibati tədbirlər görmək;

b) Razılığa gələn Dövlətin və ya Razılığa gələn digər Dövlətin qanunvericiliyinə və adi inzibati praktikasına görə alınması mümkün olmayan informasiya vermək;

c) hər hansı ticarət, sahibkarlıq, sənaye, kommersiya yaxud peşə sirrini, ticarət prosesini açə biləcək informasiya və ya açılması dövlət siyasətinə (dövlət qaydalarına) zidd olan informasiya vermək.

Maddə 27
Diplomatik nümayəndəliklərin və konsul idarələrinin üzvləri

Bu Konvensiyanın heç bir müddəası diplomatik nümayəndəliklər və konsul idarələri üzvlərinin beynəlxalq hüququn ümumi normaları yaxud xüsusi razılaşmaların müddəaları əsasında müəyyənləşdirilmiş vergi imtiyazlarına şamil edilmir.

Maddə 28
Konvensiyanın qüvvəyə minməsi

1) Razılığa gələn Dövlətlərin hər biri digərinə bu Konvensiyanın qüvvəyə minməsi üçün özünün qanununun tələb etdiyi prosedurların yerinə yetirildiyi haqqda diplomatik kanallarla yazılı bildiriş təqdim edir.

2) Bu Maddənin 1-ci bəndində nəzərdə tutulan son bildiriş alındığı tarixdən otuz gün sonra Konvensiya qüvvəyə minir və aşağıdakılara şamil edilir:

a) mənbədə tutulan vergilər üzrə - bu Konvensiyanın qüvvəyə mindiyi tarixdən sonrakı ilin 1 yanvar tarixindən yaxud 1 yanvarından sonra ödənilən və ya kreditləşdirilən məbləğlərə; və

b) gəlirlərə və əmlaklara görə digər vergilər üzrə - Konvensiyanın qüvvəyə mindiyi tarixdən sonrakı ilin 1 yanvar tarixində yaxud 1 yanvarından sonrakı tarixdən başlanan hər bir vergi tutulan dövrlərdə ödənilən vergilərə.

Maddə 29
Konvensiyanın qüvvədən düşməsi

Bu Konvensiya Razılığa gələn Dövlətlərdən biri tərəfindən onun qüvvəsi ləğv edilənədək qüvvədə qalacaqdır. Razılığa gələn Dövlətlərdən hər biri istənilən təqvim ilinin sonuna ən azı 6 ay qalmış, diplomatik kanallarla yazılı bildiriş göndərməklə, Konvensiyanın qüvvəsini ləğv edə bilər. Bu halda Konvensiyanın qüvvəsi:

a) mənbəsində tutulan vergilər üzrə - qüvvəsinin ləğvi haqqında bildirişin göndərildiyi ildən sonrakı ilin 1 yanvar tarixində və ya 1 yanvar tarixindən sonra ödənilən məbləğlərə münasibətdə;

b) gəlirlərə və əmlaka görə digər vergilər üzrə - qüvvəsinin ləğvi haqqında bildirişin göndərildiyi ildən sonra gələn ilin 1 yanvar tarixində və ya 1 yanvar tarixindən sonra başlanan hər hansı vergiqoyma ilində tutulan digər vergilərə münasibətdə - ləğv edilir.

Bunun təsdiqi olaraq, hər iki Razılığa gələn Dövlətin lazımı qaydada səlahiyyət verilmiş nümayəndələri bu Konvensiyanı imzaladılar.

Vyana şəhərində 2000-ci ilin iyul ayının 4-də alman, Azərbaycan və ingilis dillərinin hər birində iki nüsxədə icra olunmuşdur, bütün mətnlər eyni qüvvəyə malikdir. Mətnlərin müddəaları arasında fikir ayrılığı meydana çıxdıqda, ingilis dilində olan mətndən istifadə olunacaq.

Avstriya Respublikası
Hökuməti adından

Azərbaycan Respublikası
Hökuməti adından

PROTOKOL

Konvensiya Avstriya Respublikası Hökuməti ilə Azərbaycan Respublikası Hökuməti arasında imzalanan zaman ikiqat vergiqoymaya yol verməmək və gəlirlər və əmlakla əlaqədar vergilərlə bağlı olaraq vergilərdən yayınmağın qarşısını almaq məqsədilə bu protokolun altından imza atanlar razılığa gəlmişlər ki, aşağıdakı müddəalar Konvensiyanın tərkib hissəsini təşkil edirlər:

Konvensiyanın təfsiri

Başa düşülür ki, gəlirlər və əmlak haqqında İƏİT Model Konvensiyasının və ya Birləşmiş Millətlər Təşkilatının İkiqat vergiqoymanın qarşısının alınması üzrə İnkişaf etmiş və İnkişaf etməkdə olan ölkələr arasında Model Konvensiyasının müvafiq müddəalarına uyğun olaraq tərtib edilmiş bu Konvensiyanın müddəaları da İƏİT Model Konvensiyası və ya Birləşmiş Millətlər Təşkilatının bu məsələ ilə əlaqədar təfsirlərində verilən eyni mə'naya malik olacaqdır. Konvensiya qüvvəyə mindikdən sonra, əvvəlki cümlədə verilən mə'na səlahiyyətli orqanlar tərəfindən razılaşdırılmış təfsirlərdən fərqli heç bir təfsirə şamil edilməyəcəkdir. Vaxtaşırı düzəlişlər edilə bilən təfsirlər şərhetmə vasitələrindən ibarətdir. İƏİT Model Konvensiyasında və ya Birləşmiş Millətlər Təşkilatının Model Konvensiyasında qeyd edildiyi kimi təfsir zamanı hər hansi bir ziddiyyət meydana çıxdığı və ehtiyac olduğu halda 25-ci Maddəyə uyğun olaraq qarşılıqlı razılıq əsasında ümumi bir təfsir axtarılacaqdır.

3-cü Maddənin 1-ci bəndinə əlavə

Azərbaycana münasibətdə öz statusunu Azərbaycan qanunvericiliyinə uyğun olaraq alan və vergiyə cəlb olunan obyekt hesab edilən tərəfdaşlıq və ya birgə müəssisə bu Konvensiyanın məqsədlərinə müvafiq olaraq hüquqi şəxs hesab edilir.

7-ci Maddəyə əlavə

Avstriyaya münasibətdə bu Maddədə istifadə olunan "mənfəət" terminində hər hansı bir tərəfdaşlıqda və ya vergi məqsədləri üçün eyni münasibət göstərilən şəxslərin hər hansı bir digər orqanında və Avstriya qanunvericiliyinə uyğun olaraq yaradılmış passiv tərəfdaşlıqda

(Stille Gesellschaft) iştirak etməsi nəticəsində hər hansı bir tərəfdaş tərəfindən əldə olunan mənfəət əhatə olunur.

11-ci Maddəyə əlavə

Avstriyaya münasibətdə 11-ci Maddənin 4-cü bəndinin a) yarımbəndi Avstriya Respublikasının adından fəaliyyət göstərən Österreichische Kontrollbank AG tərəfindən verilən zəmanət əsasında verilən və ya ödənilən borca da tətbiq edilir.

Bunun sübutu olaraq Razılığa gələn iki Dövlətin lazımi qaydada səlahiyyət verilmiş nümayəndələri bu Protokolu imzalamışlar.

Bu Protokol Vyana şəhərində 2000-ci ilin iyul ayının 4-də alman, Azərbaycan və ingilis dillərinin hər birində eyni hüquqi qüvvəyə malik iki orijinal nüsxədə imzalanmışdır. Mətnlərdə ziddiyyət meydana çıxdığı halda ingilis dilində olan mətnə üstünlük veriləcəkdir.

Avstriya Respublikası
Hökuməti adından

Azərbaycan Respublikası
Hökuməti adından

CONVENTION

BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AZERBAIJAN FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND THE PREVENTION OF FISCAL EVASION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Azerbaijan, desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

Article 1

Persons covered

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes covered

1. This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its administrative territorial subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

(a) in Austria:
- (i) the income tax (die Einkommensteuer);
- (ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
- (iii) the land tax (die Grundsteuer);
- (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) and
- (v) the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken)

(hereinafter referred to as “Austrian taxes”);

(b) in Azerbaijan:
- (i) the tax on profit of legal persons;
- (ii) the income tax on physical persons;
- (iii) the tax on property and
- (iv) the land tax

(hereinafter referred to as “Azerbaijan taxes”).

4. The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General definitions

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

(a) the term “Azerbaijan” means the territory of the Republic of Azerbaijan, the Caspian Sea(Lake) sector belonging to the Republic of Azerbaijan, the air space above the Republic of Azerbaijan, within which the sovereign rights and jurisdiction of the Republic of Azerbaijan is implemented in respect to subsoil, sea bed and natural resources and any other area which has been or may hereinafter be determined in accordance with international law and legislation of the Republic of Azerbaidjan.

(b) the term “Austria” means the territory of the Republic of Austria;

(c) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;

(d) the term “national” means:

(i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
(ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State;

(e) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean Austria or Azerbaijan, as the context requires;

(f) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

(g) the term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

(h) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

(i) the term “competent authority” means:
(i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
(ii) in Azerbaijan: the Ministry of Finance and the Ministry of Taxes.

2. As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

Resident

1. For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of registration, place of incorporation, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any administrative territorial subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 of this Article an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

(a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

(b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;

(c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;

(d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 aperson other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State where it is registered and in which its place of effective management is situated. If the place of registration and the place of effective management are not located in the same Contracting State the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

Article 5

Permanent establishment

1. For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term “permanent establishment” includes especially:

(a) a place of management;

(b) a branch;

(c) an office;

(d) a factory;
(e) a workshop;
(f) an installation, structure or vessel or any other place used for the exploration of natural resources;
(g) a mine, an oil or gas well, a quarry, installation or structure or any other place of extraction and development of natural resources, and
(h) a building site or construction or installation project, but only if it lasts more than twelve months.

3. The furnishing of services, including consultancy services, in a Contracting State by an enterprise through its employees or other personnel engaged by the enterprise for such purpose, constitutes a permanent establishment, but only where the activities of that nature continue (for the same or a connected project) within that State for more than six months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:
(a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
(b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
(c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
(d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
(e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
(f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business. However, if the activities of the agent are carried out wholly or almost wholly for the enterprise he shall not be considered to be an agent of an independent status for the purposes of this paragraph, unless it is shown that the transactions between the agent and the enterprise were made under the conditions which would be made between independent parties (arm's length conditions).

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from immovable property

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

4. The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and air transport

1. Profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

2. For the purposes of this Article, profits from the operation of ships or aircraft in international traffic include:

(a) profits from the rental on a bareboat basis of ships or aircraft in international traffic; and

(b) profits from the use, maintenance or rental of containers in international traffic (including trailers and related equipment for the transport of containers) used for the transport of goods or merchandise,

where such use, maintenance or rental, as the case may be, is incidental to the operation of ships or aircraft in international traffic.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated enterprises

1. Where

(a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

2. Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends, the tax so charged shall not exceed:

(a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends and the participation exceeds 250 000 USD or an equivalent amount in any other currency;

(b) 10 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends and the participation exceeds 100 000 USD or an equivalent amount in any other currency;

(c) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

3. The term “dividends” as used in this Article means income from shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

5. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company’s undistributed profits to a tax on the company’s undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

3. The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

4. Notwithstanding the provisions of paragraph 2 interest mentioned in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State where the beneficial owner of the interest is a resident if

(a) the payer or the recipient of the interest is, or the loan in respect of which the interest is paid is made, guaranteed or insured by, a Contracting State itself, a statutory body, an administrative territorial subdivision or a local authority thereof or the Central Bank of a Contracting State;
(b) the interest is paid in respect of a loan which has been approved by the Government in the Contracting State where the payer of the interest is a resident;
(c) the interest is paid with respect of an indebtedness arising on the sale on credit of any merchandise or industrial, commercial or scientific equipment to an enterprise of the other Contracting State.

5. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

6. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

7. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

(a) 5 per cent of the gross amount of royalties, if the patent, the design or model, the plan, the secret formula or process, or the information concerning industrial, commercial or scientific experiences, in consideration of which these royalties are paid, is not older than 3 years;
(b) 10 per cent of the gross amount of the royalties in all other cases.

3. The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films and films or tapes for radio or television broadcasting, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience (know-how).

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties

arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

Capital gains

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares, other than shares quoted on an approved Stock Exchange, deriving their value or the greater part of their value directly or indirectly from immovable property situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

4. Gains derived from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic by an enterprise which is a resident of a Contracting State or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that State.

5. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2, 3 and 4, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

Independent personal services

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

2. The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists, auditors or accountants.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character, shall be taxable in the other Contracting State, if the individual is present in the other State for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, but only so much thereof as is attributable to services performed in that other State.

Article 15

Dependent personal services

1. Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19, and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and

(b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

(c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise which is a resident of a Contracting State may be taxed in that State.

Article 16

Directors' fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and sportsmen

1. Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the artiste or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the artiste or sportsman are exercised.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is substantially supported by public funds of one or both Contracting States or an administrative territorial subdivision or local authority thereof. In such a case the income shall be taxable only in the State of which the artiste or sportsman is a resident.

Article 18

Pensions

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

Government service

1. (a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or an administrative territorial subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

(b) However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

(i) is a national of that State; or

(ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

2. (a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or an administrative territorial subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

(b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

3. The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or an administrative territorial subdivision or a local authority thereof.

Article 20

Students

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21

Other income

1. Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

3. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, items of income of a resident of a Contracting State not dealt with in the foregoing Articles of this Convention and arising in the other Contracting State may also be taxed in that other State.

4. Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State as long as such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

Article 22

Capital

1. Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic by an enterprise which is a resident of a Contracting State and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that State.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

Method for elimination of double taxation

1. In the case of Austria, double taxation shall be avoided as follows:

(a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Azerbaijan, Austria shall, subject to the provisions of sub-paragraphs b and c, exempt such income or capital from tax.

(b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of paragraphs 2 of Articles 10, 11, 12, 13 and of paragraph 3 of Article 21 may be taxed in

Azerbaijan, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Azerbaijan. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Azerbaijan.

(c) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

2. In the case of Azerbaijan, double taxation shall be avoided as follows:

Where a resident of Azerbaijan derives income from or owns capital in Austria which according to the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, the amount of tax on income or capital paid in Austria will be deducted from the tax levied from that person in respect of such income or capital in Azerbaijan. Such deduction shall not, however, exceed that amount of Azerbaijan tax on income or capital calculated in accordance with its law and tax regulation.

Article 24

Non-discrimination

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

2. Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

3. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the ther Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

4. Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

5. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

6. The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

Mutual agreement procedure

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from

the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

5. If after the procedures of paragraphs 1 to 4 any dispute arising as to the interpretation or application of the Convention in a particular case cannot be resolved by the competent authorities of the Contracting States in a mutual agreement procedure, the case may, if both competent authorities agree, be resolved peacefully according to any internationally accepted procedures. These procedures shall be established between the competent authorities of the Contracting States.

Article 26

Exchange of information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

(a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
(b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
(c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27

Members of diplomatic missions and consular posts

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

Entry into force

1. Each of the Contracting States shall notify the other through diplomatic channels of the completion of the procedures required by its law for the entry into force of this Convention.

2. The Convention shall enter into force thirty days after the date of the receipt of the later of the notifications provided in paragraph 1 of this Article and shall thereupon have effect:

(a) in respect of taxes withheld at source, for amounts paid or credited on or after the first day of January of the year next following the date on which the Convention enters into force; and

(b) in respect of other taxes charged on income and capital – of taxable periods beginning on or after the first day of January of the year next following the date on which the Convention enters into force.

Article 29

Termination

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination at least six months before the end of any calendar year. In such case, the Convention shall cease to have effect:

(a) in respect of taxes withheld at source, for amounts paid or credited on or after the first day of January of the year next following the year in which the notice of termination is given,

(b) in respect of other taxes charged on income and capital of taxable periods beginning on or after the first day of January of the year next following the year in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate in Vienna on the 4th day of July 2000, in German, English and in the Azerbaijani languages, each text being equally authentic. In the case of divergence between the texts the English text shall prevail.

For the Government of the Republic of Austria:

Ferrero-Waldner

For the Government of the Republic of Azerbaijan:

Quliyev

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Azerbaijan for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention:

Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital or the United Nations Model Double Taxation Convention between Developed and Developing Countries shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD or UN Commentaries thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention. The Commentaries – as they may be revised from time to time – constitute a means of interpretation. In case of any divergence in the interpretation as expressed in the commentaries of the OECD and the UN Model, a common interpretation would have to be sought by mutual agreement according to Article 25, if necessary.

Ad Article 3 paragraph 1:

In respect of Azerbaijan a partnership or a joint venture deriving its status from Azerbaijan law which is treated as a taxable unit under the law of Azerbaijan shall be treated as a person for the purposes of this Convention.

Ad Article 7:

In the case of Austria the term “profits” as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership and in any other body of persons which is treated in the same way for tax purposes and from a participation in a sleeping partnership (Stille Gesellschaft) created under Austrian law.

Ad Article 11:

In the case of Austria Article 11 paragraph 4 sub-paragraph a) shall also apply in respect of a loan made by or covered by a guarantee issued by the Oesterreichische Kontrollbank AG acting on behalf of the Republic of Austria.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Vienna on the 4th day of July 2000, in German, English and in the Azerbaijani languages, each text being equally authentic. In the case of divergence between the texts the English text shall prevail.

For the Government of the Republic of Austria:

Ferrero-Waldner

For the Government of the Republic of Azerbaijan:

Quliyev

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens erfolgten am 24. November 2000 bzw. 24. Jänner 2001; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 23. Februar 2001 in Kraft getreten.

Schüssel

Herausgeber: Bundeskanzleramt; Druck und Vertrieb: Wiener Zeitung Digitale Publikationen GmbH